

Energie / Brand-Schallschutz

forsa-Umfrage: Neue Impulse für Energiewende im Gebäudebereich – Kosten gleichmäßig auf Vermieter, Mieter und Staat verteilen

Die Energiewende im Gebäudebereich braucht neue Impulse. Unter den gegebenen Bedingungen gilt das politische Ziel eines klimaneutralen Gebäudebestandes bis zum Jahr 2050 für 79 Prozent der Bundesbürger als nicht erreichbar. Am stärksten zweifeln Anhänger der Linken an der Machbarkeit, auch bei Sympathisanten von Bündnis90/Die Grünen sind lediglich 26 Prozent optimistisch. Das ergab eine vom Zentralen Immobilien Ausschuss (ZIA) in Auftrag gegebene repräsentative forsa-Umfrage unter 1.000 Haushalten.



Bevölkerung durch gezielte und gerechte steuerliche Anreize sowie attraktive staatliche Förderprogramme unterstützen;
Foto ZIA

Gefragt nach ihrer persönlichen Bereitschaft zur Mitwirkung an der Energiewende erklären 33 Prozent der Befragten, dass sie keinerlei Mehrkosten für Heizung, Strom oder Mieten in Kauf nehmen würden. Nicht einmal jeder Fünfte möchte höhere Preise für Heizenergie und Strom akzeptieren. Mehrkosten für den Einbau energiesparender Technik sind für rund die Hälfte der Bevölkerung (56 Prozent) denkbar. Jeder zweite Bundesbürger ist also bereit, einen Beitrag zu leisten.

Bereit einen Beitrag zu leisten

Gerechte Kostenverteilung nötig

Gefragt wurde auch, wer für die Kosten der energetischen Modernisierung eines Gebäudes aufkommen solle. Rund die Hälfte der Befragten (51 Prozent) gab an, dass ein Drittelmix zwischen Staat, Mieter und Vermieter die beste Lösung wäre. Ausschließlich den Staat sehen am häufigsten die 18-bis-29-jährigen in der Pflicht (26 %), da dieser die Sanierungsmaßnahmen auch vorgeschrieben habe. Die Verantwortung einzig beim Vermieter sehen rund ein Viertel der Befragten. Den Mieter, der z.B. von geringeren Nebenkosten profitiert, sehen nur 5 Prozent in der alleinigen Pflicht.



Anreize statt Regulierung

„Die Umfrage zeigt, dass ein klimaneutraler Gebäudebestand bis 2050 für die meisten Bürger unter den gegebenen Umständen nicht realistisch scheint“, sagt Dr. Andreas Mattner, Präsident des ZIA. „Trotzdem ist – noch – die Bereitschaft vorhanden, einen Beitrag zu diesen Klimazielen zu leisten. Allerdings darf die Politik nicht Mieter und Vermieter überfordern. Vielmehr sollte die verbleibende Motivation in der Bevölkerung durch gezielte und gerechte steuerliche Anreize sowie attraktive staatliche Förderprogramme unterstützt werden sollte.“

Mieter und Vermieter überfordern

Simone Prühl

Der ZIA

Der Zentrale Immobilien Ausschuss e.V. (ZIA) gehört zu den bedeutendsten Interessenverbänden der Branche. Er versteht sich als Stimme der Immobilienwirtschaft und spricht mit seinen Mitgliedern, darunter 24 Verbände, für 37.000 Unternehmen der Branche. Der Verband hat sich zum Ziel gesetzt, der Immobilienwirtschaft in ihrer ganzen Vielfalt eine umfassende und einheitliche Interessenvertretung zu geben, die ihrer Bedeutung für die Volkswirtschaft entspricht. Als Unternehmer- und Verbändeverband verleiht er der gesamten Immobilienwirtschaft eine Stimme auf nationaler und europäischer Ebene – und im Bundesverband der deutschen Industrie (BDI). Präsident des Verbandes ist Dr. Andreas Mattner.

www.zia-deutschland.de



Wir zeigen Sie von Ihren besten Seiten.

Image-Kommunikation, Mietermagazine,
Geschäftsberichte, Exposés, Webmagazine

Tel. 0541 800493-0
www.stolpundfriends.de

STOLPUNDFRIENDS
Marketing für die Wohnungswirtschaft | Seit 1989



MAINZER IMMOBILIEN TAG
Building Information Modeling

MIT

2015
06.11.2015 06.
11.2015 07.11.
2015 06.
11.

[HTTP://M-I-T.HS-MAINZ.DE](http://M-I-T.HS-MAINZ.DE)